

**Vierte Sitzung – Quatrième séance****Donnerstag, 7. März 1991, Vormittag**  
**Jeudi 7 mars 1991, matin**

08.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Schönenberger*

90.069

**Sofortprogramm  
bei der direkten Bundessteuer.  
Verlängerung  
Programme immédiat  
en matière d'impôt fédéral direct.  
Prorogation**Botschaft und Beschlussentwurf vom 16. Oktober 1990 (BBI III 789)  
Message et projet d'arrêté du 16 octobre 1990 (FF III 737)*Antrag der Kommission*  
Eintreten  
*Proposition de la commission*  
Entrer en matière

**Reichmuth**, Berichterstatter: Mit Botschaft vom 16. Oktober 1990 beantragte der Bundesrat, den Bundesbeschluss vom 9. Oktober 1987, das sogenannte Sofortprogramm bei der direkten Bundessteuer, zu verlängern. Die Gültigkeit dieses Beschlusses ist befristet (bis längstens auf den 31. Dezember 1992). Das Sofortprogramm 1987 beinhaltet einen neuen Tarif für die natürlichen Personen, nämlich einen Doppeltarif für Alleinstehende und Verheiratete, daneben aber auch erhöhte Sozialabzüge und einen modifizierten Zweitverdienerabzug. Dieses sogenannte Sofortprogramm ist seit dem 1. Januar 1989 in Kraft. Zuzug seiner Befristung bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die direkte Bundessteuer, längstens aber bis 31. Dezember 1992, hat es seine Gültigkeit nur während zwei Steuerperioden. Offenbar war man beim Erlass dieses Beschlusses der Überzeugung, das neue Gesetz über die direkte Bundessteuer werde spätestens auf den Beginn der Steuerperiode 1993/94 in Kraft treten können. Zwar wurde das Gesetz über die direkte Bundessteuer in der Dezembersession 1990 von der Bundesversammlung verabschiedet. Ob es tatsächlich möglich sein wird, dasselbe auf den 1. Januar 1993 in Kraft zu setzen, ist heute noch nicht absolut sicher. Welcher Tarif für die juristischen Personen tatsächlich Eingang findet in das Gesetz, entscheidet sich erst bei der Abstimmung über die neue Bundesfinanzordnung am 2. Juni dieses Jahres. Es kommt hinzu, dass die kantonalen Finanzdirektoren gegen die Inkraftsetzung des direkten Bundessteuergesetzes bereits auf den 1. Januar 1993 Einwände erhoben haben.

Der Bundesrat hat gegenüber unserer Kommission allerdings die Absicht geäußert, das Gesetz über die direkte Bundessteuer wenn immer möglich auf die Steuerperiode 1993/95 in Kraft zu setzen. Die Kommission unterstützt dieses Bestreben grundsätzlich. Es wäre tatsächlich störend, wenn ein im Dezember 1990 erlassenes Bundesgesetz erst vier Jahre später in Kraft treten könnte.

Wir sind deshalb der Auffassung, dass auf der Seite der Steueradministration – sowohl beim Bund wie bei den Kantonen – die Vorbereitungen zur Inkraftsetzung des Gesetzes über die direkte Bundessteuer auf den 1. Januar 1993 zu in-

tensivieren sind. Aber mit völliger Sicherheit kann heute nicht gesagt werden, ob das neue Gesetz über die direkte Bundessteuer tatsächlich schon 1993 in Kraft treten kann. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte für die Steuerperiode 1993/94 das Sofortprogramm 1987 nicht mehr angewendet werden, da es – wie bereits ausgeführt – spätestens Ende 1992 die Rechtskraft verliert. Die Kommission ist deshalb mit dem Bundesrat der Meinung, dass das Sofortprogramm 1987 vorsorglicherweise bis zum Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer zu verlängern ist, höchstens aber so lange, als eine Verfassungsgrundlage für die direkte Bundessteuer besteht.

In der Kommission war Eintreten auf den vorliegenden Bundesbeschluss unbestritten. Sie hat beschlossen – mit 11 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung –, Ihnen Eintreten und Zustimmung zu beantragen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière**Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Ziff. I, II**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates**Titre et préambule, ch. I, II**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes34 Stimmen  
(Einstimmigkeit)*An den Nationalrat – Au Conseil national**Herr Cavelty übernimmt den Vorsitz*  
*M. Cavelty prend la présidence*

91.003

**Golfkrise.  
Hilfe an betroffene Staaten  
Crise du Golfe.  
Aide aux Etats touchés**Botschaft und Beschlussentwurf vom 30. Januar 1991 (BBI I 919)  
Message et projet d'arrêté du 30 janvier 1990 (FF I 887)*Antrag der Kommission*  
Eintreten  
*Proposition de la commission*  
Entrer en matière

**Schönenberger**, Berichterstatter: Der Bundesrat beantragt einen Verpflichtungskredit im Umfang von 100 Millionen US-Dollar zugunsten der von den Boykottmassnahmen in der Golfkrise am stärksten betroffenen Länder, nämlich Ägypten, Jordanien und der Türkei. Die Schweiz unterstützt damit ein auf Initiative der Vereinigten Staaten zustande gekommenes internationales Hilfsdispositiv, in welchem zehn EG-Mitglieder, die überwiegende Mehrheit der übrigen OECD-Staaten, darunter auch die neutralen Staaten Europas, Saudi-Arabien, andere erdölproduzierende Golfstaaten und Südkorea vertreten sind.

## **Sofortprogramm bei der direkten Bundessteuer. Verlängerung**

### **Programme immédiat en matière d'impôt fédéral direct. Prorogation**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.069
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.03.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	121-121
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 865

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.